

## **Bedarfsorientierte Mindestsicherung gerade in Krisenzeiten wichtig**

*Iris Woltran*

Im Rahmen dieses Beitrags wird auf die Ausgestaltung der bedarfsorientierten Mindestsicherung eingegangen. Es wird behandelt, inwieweit diese neue soziale Sicherung für die Armutsbekämpfung in Österreich relevant ist.

Die derzeitige schwierige Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation hat auch in Österreich ihre Spuren hinterlassen. Die Auswirkungen sind unter anderem steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, prekäre Arbeit etc. Auch das Armutsrisiko der privaten Haushalte ist vermutlich ab Beginn der Krise gestiegen.

Die Mindestsicherung als ein neues Instrument zur Armutsbekämpfung soll 2010 realisiert werden. Am ersten September 2010 soll die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) in Kraft treten. Einige Bundesländer haben aber Bedenken angemeldet, ob sie diesen Termin einhalten können und plädieren für ersten Jänner 2011. Danach sind auch die entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen (Sozialhilfegesetze, Verordnungen) zu adaptieren.

Durch die Mindestsicherung wird sich die Situation von armutsbetroffenen Menschen in vielen Fällen verbessern. Dies ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unabdingbar.

Da das Auftreten von Armut von vielschichtigen Faktoren abhängig ist und sich generationsübergreifend manifestiert, müssen in unterschiedlichen Politikfeldern wie beispielsweise Familien-, Bildungs-, Arbeitsmarktpolitik Aktivitäten gesetzt werden. Im Bereich der sozialen Sicherung sind ebenfalls noch Maßnahmen (weitere Adaptierung der BMS, Verbesserungen in der Arbeitslosenversicherung, Investitionen in die soziale Infrastruktur etc.) notwendig, um soziale Eingliederung zu forcieren.